

Jürg Wiesli
SVP
Rücklistenstrasse 16
8582 Dozwil

EINGANG GR		
GRG Nr.		

Einfache Anfrage

„Lebensmittelrecht aus Brüssel – verliert die Schweiz die Kontrolle über Hof, Küche und Tradition?“

Der Regierungsrat wird ersucht, die nachfolgenden Fragen zu beantworten:

1. Was würde die Übernahme des EU-Lebensmittelrechts für Dorf- und Schulfeste, für Hofläden, für Vereinsanlässe oder Schwingerfeste bezüglich von Vorschriften und Hygienemassnahmen bedeuten?
2. Wie stellt sich der Regierungsrat zur Tatsache, dass bei Übernahme des EU-Lebensmittelrechts EU-Kontrollure Ställe, Käsereien, Metzgereien, Gewächshäuser, Gaststätten oder Detailhändler überprüfen können?
3. Wie stellt sich der Regierungsrat dazu, dass traditionelle Rohmilchprodukte in den Fokus strengerer EU- Vorschriften kommen können?
4. Wie sieht der Regierungsrat, die zukünftige Ausrichtung und Kosten der kantonale Lebensmittelkontrolle unter den mehr als 150 Verordnungen, Richtlinien, Beschlüsse und weiterer Rechtsakten des EU-Lebensmittelgesetzes?
5. Wie sieht der Regierungsrat die Auswirkungen auf die Thurgauer Landwirtschaft bei der Übernahme des EU-Lebensmittelrechts, da die Schweiz aktuell ein von der EU unterschiedliches System im Bereich der Höchstwerte verwendet (Schweiz: Toleranz- und Grenzwerte; EU: Höchstwerte)?

Begründung:

Die Schweiz übernimmt im Rahmen der bilateralen Abkommen, insbesondere durch den geplanten Rahmenvertrag, wesentliche Teile des EU-Lebensmittelrechts, um Handelshemmnisse abzubauen. Die EU will die Agrarpolitik konsequent «vom Hof auf den Tisch» regulieren. Für die Schweiz würde das bedeuten: Wir müssen EU-Vorschriften künftig automatisch übernehmen – ohne eigenen politischen Spielraum.

Was diese Regulierungsdichte konkret bedeuten kann, zeigt ein Beispiel aus Schleswig-Holstein. Dort backten Landfrauen während 48 Jahren Torten für den lokalen Weihnachtsmarkt. 2024 war damit Schluss. EU-Auflagen verlangten zertifizierte Küchen, Gesundheitszeugnisse für Bäckerinnen, Hygieneschulungen für Verkäuferinnen sowie umfassende Rezept-Dokumentationen mit Zusatzstoffen und Allergenen. Für freiwilliges Engagement war der Aufwand schlicht zu gross. Es ist daher, aus meiner Sicht, elementar, dass die oben erwähnten Fragen vor einer zukünftigen Abstimmung klar beantwortet und die Konsequenzen aufgezeigt werden.

Dozwil, 17.03.2026

Jürg Wiesli